

Der Ausschuss bittet, folgende Eingabe für erledigt zu erklären:

Eingabe Nr.: L 19/371

Gegenstand:

Angebot der Bremischen Bürgerschaft in Gebärdensprache

Begründung:

Der Petent regt an, die Bremische Bürgerschaft solle ein Angebot in Gebärdensprache schaffen. Der Deutsche Bundestag übertrage seine Debatten in so genannten Kernzeiten live in die Gebärdensprache. Hinzu kämen Sitzungen zu behindertenpolitisch relevanten Themen. Auch das Abgeordnetenhaus von Berlin biete Angebote in Gebärdensprache an. Die Petition wird von 180 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten Stellungnahmen des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft eingeholt. Auch hatte der Petent die Möglichkeit, sein Anliegen im Rahmen der öffentlichen Beratung mündlich zu erläutern. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung zusammengefasst wie folgt dar:

Nach Auffassung des Petitionsausschusses sind Barrierefreiheit und Teilhabe behinderter Menschen wichtige Themen gerade bei der Vermittlung demokratisch parlamentarischer Prozesse. Deshalb begrüßt und unterstützt er die vom Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft angekündigten Bemühungen, schrittweise Maßnahmen zu ergreifen, um mehr gehörlose Personen zu erreichen.

Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft im Rahmen der Erarbeitung seiner Stellungnahme zu der vorliegenden Petition den Landesbehindertenbeauftragten sowie den Landesverband der Gehörlosen Bremen e. V. konsultiert. In diesem Rahmen stellte sich heraus, dass der Gehörlosenverband Bremen derzeit weder den Bedarf noch genügend Kapazitäten bei den Gebärdensprachdolmetschern sieht, um die Plenarsitzungen in Gänze in Gebärdensprache zu übertragen.

Um eine bedarfsgerechte Umsetzung zu erreichen, soll deshalb als erstes eine Teilnahme direkt an den Bürgerschaftssitzungen gefördert werden. Deshalb soll der Gehörlosenverband zu einer der nächsten Bürgerschaftssitzungen eingeladen werden, um damit für die Teilnahme an den Bürgerschaftssitzungen zu werben. Der Einsatz der insoweit notwendigen Gebärdensprachdolmetscher kann auch im Livestream beziehungsweise in der Mediathek gezeigt werden.

Weiterhin soll versucht werden, für alle Themen, die gehörlose Menschen betreffen, Gebärdensprachdolmetscher bedarfsgerecht einzusetzen. Für angemeldete Besucherinnen und Besucher, die bestimmte Debatten in Gebärdensprache verfolgen wollen, sollen bedarfsgerecht Gebärdendolmetscher eingesetzt werden. Dieses Angebot soll über die Internetseite der Bremischen Bürgerschaft sowie den Landesbehindertenbeauftragten und den Gehörlosenverband publik gemacht werden.

Darüber hinaus sollen Teile des Videoangebots auf der Webseite der Bremischen Bürgerschaft, wie zum Beispiel die Neujahrsansprache des Präsidenten oder Erklärvideos zu einzelnen Themen, in Gebärdensprache übersetzt werden.